



## GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2015/6

Datum/Zeit	Donnerstag, 10. Dezember 2015, 17:00 - 20.00 Uhr
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Mahler Rudolf (SP) _____ 1
Mitglieder	Burckhardt Andreas (Grüne) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Grossniklaus Bruno (parteilos) <i>(bis 17.35 Uhr)</i> Ögüt Hasan (SP) Kehrli Rudolf (SP) Nova Colette (SP) <i>(ab 19.30 Uhr)</i> Thomann Thulani (SP) Weber Hadorn Maya (SP) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (parteilos) _____ <i>(bis 19.30 Uhr)</i> 10 Friedli Hans Peter (SVP) Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneider Roger (SVP) Studer Martin (SVP) Weber Marlis (parteilos) Zaugg Gerhard (SVP) <i>(ab 17.15 Uhr)</i> Zysset Walter (SVP) _____ 9 Bolliger Renate (EVP) Fels Silvia (EVP) Wagner Peter (EVP) Wagner Rahel (EVP) _____ 4 Hubschmid Roger (FDP) Leumann Beat (FDP) <i>(ab 17.20 Uhr)</i> Müller Alfred (parteilos) Weibel Tobias (FDP) _____ 4 Bendoza Thomas (parteilos) Schaller Esther (FORUM) Rüfli Roland (FORUM) _____ 3 Alberucci Luca (GLP) <i>(ab 17.30 Uhr)</i> Gasser Melanie (GLP) <i>(ab 17.50 Uhr)</i> Luyet Cédric (GLP) _____ 3 Löhrer Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 <b>Total anwesend</b> <b><u>36</u></b>

Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP), Henrik Schoop (FDP), Thomann Andreas (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Blaser Peter (SP), Burri Simon (SVP), Lehmann Werner (SP) und Lucia Müller (SVP) Mitglied Gemeinderat: Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos)

## TRAKTANDEN

89.	Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	232
83.	Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium pro 2016 .....	237
84.	Volksinitiative "Bernstrasse sanieren - Verkehr optimieren!"; Annahme oder Ablehnung der Initiative inkl. Gegenvorschlag .....	238
85.	Abfallentsorgungsstrategie II; Kenntnisnahme .....	249
86.	Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Totalrevision .....	253
87.	Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen (RVWM); Genehmigung der Totalrevision .....	256
88.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	257
90.	Boulderhalle; Baurechtsvertrag - Orientierung des Gemeinderates .....	259

91. Interpellation Peter Blaser (SP) und Mitunterzeichnende betreffend  
Altersleitbild Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang .....260

## Mitteilungen des Ratspräsidenten

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2015. Ich heisse ebenfalls die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Es sind 31 Ratsmitglieder anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

Da Gerhard Zaugg (SVP) noch nicht anwesend ist, muss ein Ersatzstimmzähler ernannt werden. Die SVP-Fraktion schlägt Walter Zysset als Ersatzstimmzähler vor.

## A b s t i m m u n g

Walter Zysset (SVP) wird einstimmig als interimistischer Stimmzähler gewählt.

1. Bruno Grossniklaus (parteilos) hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 31.1.2016 eingereicht.
2. Auf den Tischen wurde verteilt:  
→ Abfahrplan 2016; Neuerungen in der Abfallentsorgung
3. Die nächste Sitzung findet am **18. Februar 2016** statt.
4. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant „National La Favorita“ zum Jahreschlussessen. Das Menü ist offeriert; die Getränke müssen selber bezahlt werden. Wer nimmt am Essen teil → Stimmzähler bitte zählen.

## Traktandenliste

Traktandum Nr. 90 - Boulderhalle; Baurechtsvertrag - Orientierung des Gemeinderates (Sprecherin: U. Lüthy)

## **Ordnungsantrag**

**Bruno Grossniklaus (parteilos):** Ich bin heute grippegeschwächt und möchte die Sitzung frühzeitig verlassen. Ich stelle den **Ordnungsantrag**, das Geschäft Nr. 89 als erstes zu behandeln.

## **A b s t i m m u n g**

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Über den Ordnungsantrag stimmen wir sofort ab.

## **B e s c h l u s s**

Der Ordnungsantrag von Bruno Grossniklaus (parteilos) wird einstimmig genehmigt.

## **Traktandenliste**

## **B e s c h l u s s**

Die abgeänderte Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

10.3.72      Motionen  
60.2.21      Flüchtlinge

## 89. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Stellungnahme dokumentiert. Zuerst kann sich der Motionär zum Geschäft äussern.

**Bruno Grossniklaus (parteilos):** Besten Dank dass Ihr meinem Ordnungsantrag zugestimmt habt.

Die Antwort des Gemeinderates hat mir im ersten Moment die Stimme verschlagen. Eigentlich wollte ich mein heutiges Votum unter Hinweis auf Artikel 37 Absatz 4 der Geschäftsordnung des GGR ("*Ratsmitglieder, die den parlamentarischen Anstand verletzen, ...*") beim Ratspräsidenten das Wort entziehen. Auf die Stellungnahme des Gemeinderates eine Antwort zu geben, ist nicht möglich! Fakt ist, dass Ostermundigen die fünftgrösste Gemeinde im Kanton Bern ist. Zu den Fragen des Flüchtlingswesens nimmt die Gemeinde Ostermundigen jedoch nicht Stellung; sie drückt sich davor.

Was ist heute vor 67 Jahren geschehen? Vor 67 Jahren wurde die "allgemeine Erklärung zu den Menschenrechten" unterzeichnet. Im ersten Artikel dieser Erklärung wird festgehalten: "*Alle Menschen sind gleich und unter gleicher Rechten und Würden geboren. Sie sind mit Vernunft und Wissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.*"

Für mich ist es somit eine Verpflichtung, dass wir bei diesem Thema die Hand anbieten. Die Situation ist so, dass dem Kanton Bern rund 600 Flüchtlinge zugeteilt worden sind. Für diese Flüchtlinge sind keine Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden.

Für mich war stets klar, dass nicht nur über die Unterbringung der Flüchtlinge diskutiert werden darf. Ihnen muss eine Unterbringung angeboten und Beschäftigungsmöglichkeiten zugeführt werden. Eine sinnvolle Tätigkeit ist wichtig.

Politisch ist das Thema heikel. Niemand will die Flüchtlinge in Konkurrenz zu schlecht ausgebildeten Menschen bringen. Rechtliche Fragen müssen diesbezüglich noch geklärt werden. Zu beachten gilt es ebenfalls, dass das Staatssekretariat für Migration in einem Schreiben an die Kantone festgehalten hat, dass die Kantone aufgefordert sind, solche Programme anzubieten. Der Bund hat sich bereit erklärt, diese mitzufinanzieren.

Das Tessin (Chiasso) hat mit solchen Beschäftigungsprogrammen gutes geleistet und war erfolgreich. Die Vorgaben des Bundes sind dahingehend, dass es rechtlich möglich wäre, vorausgesetzt es wird nicht in den wirtschaftlichen, privaten Sektor getreten. Ich bin mir bewusst, dass es schwierig ist, im Parlament eine grossangelegte Diskussion zum Thema zu führen.

Ich habe mich deshalb entschlossen, die Motion aufzusplitten. Den Teil des Beschäftigungsprogrammes werde ich in einem separaten Postulat an den Grossen Gemeinderat einreichen. Ich bin gewillt, den Wortlaut der Motion wie folgt abzuändern:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton im Rahmen unserer Möglichkeiten als Gemeinde, Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen anzubieten.*

Ich hoffe sehr, dass in der momentanen Adventszeit der Grosse Gemeinderat seine Menschlichkeit zeigt und ein Zeichen für die Humanität und eine bessere Welt setzen kann.

1)

**Silvia Fels (EVP):** Als EVP-Fraktion und als christlich orientierte Partei im Besonderen haben wir lange über das Thema "Asylsuchende in Ostermundigen" diskutiert. Wir sehen die Bemühungen des Gemeinderats, zu helfen und in dieser Sache nicht leichtfertig wegzuschauen. Und trotzdem glauben wir, dass wir da noch einen Zahn zulegen könnten. Deshalb möchten wir die Motion nicht einfach als erledigt abschreiben. Wir würden uns aber wünschen, dass der Motionär den Teil mit der Beschäftigung nicht an die Unterbringung von asylsuchenden Menschen koppeln würde. Die Heilsarmee Flüchtlingshilfe, die ja im Auftrag der Polizei- und Militärdirektion des Kanton Bern zuständig ist für die Beratung, die Begleitung, die Unterbringung und die finanzielle Unterstützung sowie für die Deutschkurse und die Beschäftigung, hat einen „Hilferuf“ an verschiedene Gemeinden, Kirchen und Freikirchen geschickt, mit der Bitte, dass „Offizielle“ in den passenden Gremien dieses Thema vertreten und sich für Unterbringungsmöglichkeiten einsetzen.

Die Worte im Brief lauten unter anderem:

*Gemäss Hochrechnungen des Kantons haben wir bis Ende Jahr 800 Menschen zusätzlich zu erwarten. Dank der Unterstützung verschiedener Heilsarmee-Korps mussten wir bis jetzt niemand in die Obdachlosigkeit entlassen. Es wird in den nächsten Tagen jedoch der Fall sein, wenn sich nicht sofort neue Unterbringungsmöglichkeiten zeigen.*

Ich denke, da können wir nicht einfach die Ohren verschliessen. Wir müssen handeln und unsere Möglichkeiten ausschöpfen. Auch habe ich gehört, dass es bereits schon einen runden Tisch mit der Kirche gegeben hat und als Freikirche hier in Ostermundigen sind wir ebenfalls bereit, da auch jemanden zu schicken, wenn das gewünscht wäre. Ebenso weiss ich von vielen Leuten hier in Ostermundigen, dass sie bereit wären, zu helfen und gewisse Betreuungs- oder Begleitungsaufgaben übernehmen würden. Sicher hat der Gemeinderat auch Kenntnis über das Projekt „Dienst am Nächsten“, welches sich schon über 15 Jahre hier bei uns an der Paracelsusstrasse für Flüchtlinge, Randständige und Menschen in Not mit Kleidung, Lebensmitteln, Beratung und Deutschkursen einsetzt. Sollte diese Institution noch nicht bekannt sein, bin ich gerne bereit, im Januar eine Führung zu organisieren. Es sind also alle in den Startlöchern und ich denke, dass wir die Türen noch etwas weiter öffnen können, als wir das bis jetzt getan haben.

Nur noch eine kleine Anmerkung: Als das Thema beim Abschlussessen der Sozialkommission aufkam, sagte jemand: "Ja ja, wie schnell wir doch vergessen. Ostermundigen hatte schon immer viele Ausländer, seien es die Italiener, die am Anfang niemand wollte, oder die Menschen aus Sri Lanka. Aber wir haben es noch immer gemeistert."

Besten Dank fürs Zuhören!

---

<sup>1</sup> 17.15 Uhr: Gerhard Zaugg (SVP und Stimmzähler) tritt der Sitzung bei. Nun sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

2)

**Andreas Burckhardt (Grüne):** Wir begrüssen den Teil der Motion, auf welchen wir direkten Einfluss nehmen können (Beschäftigungsprogramme von Bund und Kanton). In seiner Stellungnahme erläutert der Gemeinderat, wie er in Sorge ob der Flüchtlingssituation bereits versucht hat, dem Kanton bei der Lösung von Unterbringungsproblemen Hand zu bieten. Wir danken allen, die sich so bereits im letzten Herbst konstruktiv und lösungsorientiert eingesetzt haben.

Ein Jahr später hat sich die Situation weiter zugespitzt. Trotz allen Bemühungen, für gefährdete Menschen aus Kriegsgebieten so nahe wie möglich an ihrer Heimat Zufluchtsstätten einzurichten, nimmt die Zahl Flüchtlingen, die in Europa und auch in der Schweiz ankommen, laufend zu.

Die vorliegende Motion legt uns ans Herz, als eine der grossen Gemeinden im Kanton Bern alles in unserer Möglichkeit liegende zu tun, um den Menschen, die an unsere Türen klopfen, ein Obdach zu gewähren und sie gastfreundlich und würdig aufzunehmen.

In seiner Stellungnahme schreibt der Gemeinderat von seiner Konsternation über die Aktionen und Reaktionen des Kantons. Ich denke, es gab und gibt gute Gründe, sich zu wundern. Heute reicht es aber nicht mehr, sich über den Kanton zu ärgern. Heute braucht es solidarisches Handeln.

In den letzten Wochen haben sich in unserer Gemeinde bereits verschiedene Gruppen getroffen, um miteinander zu diskutieren, was ihr Beitrag sein könnte, um Menschen auf der Flucht beizustehen. Wenn es dazu kommt, dass es auch in Ostermundigen gilt, Menschen in Not gastfreundlich aufzunehmen, können wir auf die Unterstützung dieser engagierten Ostermundigerinnen und Ostermundiger zählen.

Der Gemeinderat meint, seine Pflicht erfüllt und unsere Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, als fünftgrösste Gemeinde im Kanton mitzuhelfen, ankommenden Flüchtlingen Obhut zu gewähren. Er will deshalb die Motion, in ein Postulat umgewandelt, gleich abschreiben.

Wir schätzen die Situation anders ein. In der aktuellen Lage soll dem Kanton nicht vorgerechnet werden, was er letztes Jahr hätte anders machen sollen. Vielmehr gilt es, von neuem Gesprächsbereitschaft zu signalisieren und aktiv nach Lösungen zu suchen, wie wir Menschen auf der Flucht hier bei uns in Ostermundigen den nötigen Schutz gewähren können.

Vor einem Jahr waren sich alle einig, dass unterirdische Unterkünfte nicht geeignet sind. Ist das heute immer noch so? In einer Zeit, in der die bestehenden Unterkünfte überfüllt, Waffenlager umgebaut und mitten im Winter Zelte aufgebaut werden?

Letzte Woche war in den Zeitungen zu lesen, dass Flüchtlinge auf der Strasse übernachteten mussten. Und die Hilfswerke warnen vor einer weiteren Zuspitzung der Probleme. In dieser Situation gilt es solidarisch mitzuhelfen, nach Lösungen zu suchen. Genau dies fordert die vorliegende Motion. Ich bitte euch deshalb um eure Zustimmung.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese nochmals den abgeänderten Wortlaut der Motion:

---

<sup>2</sup> 17.20 Uhr: Beat Leumann (FDP) tritt der Sitzung bei. Somit sind 33 Ratsmitglieder anwesend.



*Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton im Rahmen unserer Möglichkeiten als Gemeinde, Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen anzubieten.*

**Vizegemeindepräsidentin Aliko Panayides (SVP):** Ich möchte den Vorwurf von Bruno Grossniklaus (parteilos) an den Gemeinderat entschieden zurückweisen.

Es ist nicht so, dass der Gemeinderat nichts in dieser Angelegenheit unternimmt resp. seinen Beitrag nicht leistet. Ostermundigen als fünftgrösste Gemeinde im Kanton Bern hat schon lange einen grossen Beitrag geleistet. Wir machen sehr viel bezüglich Arbeitsintegration. Der Ausländeranteil ist in Ostermundigen sehr hoch.

Es ist sehr gut, dass der zweite Teil der Motion im Wortlaut angepasst worden ist. Dies war der Hauptgrund für den Gemeinderat, die Motion in dieser Form nicht entgegen zu nehmen. Zum Zeitpunkt der Verfassung der gemeinderätlichen Beantwortung waren wir der Auffassung, die Motion abzuschreiben. Der Stand war damals noch nicht dermassen gravierend. In der Zwischenzeit hat sich die Situation geändert und der Gemeinderat hat die Notsituation erkannt. Die gemeinsame Strategie des Regierungsrates und des Gemeinderates erkennt keine akuten Notlagen im Kanton Bern. Die Priorität liegt bei den Gemeinden, welche noch nicht so viel wie die Gemeinde Ostermundigen getan haben.

Wir wollen auch nicht, dass jemand obdachlos wird. Der Gemeinderat ist gewillt, vorübergehende Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Es soll kein Durchgangszentrum errichtet werden. Wir sind ebenfalls mit den Kirchen im Gespräch (runder Tisch).

**Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP):** In den vergangenen Wochen ist im Bereich "Asyl/Flüchtlinge" einiges in Bewegung geraten, über das ich Sie, werte Ratsmitglieder, kurz orientieren möchte:

Pfarrer Mathias Jäggi von der reformierten Kirche hat einen „Runden Tisch Flüchtlinge“ organisiert, wie das hier schon erwähnt worden ist. Bisher haben zwei Sitzungen stattgefunden, an denen Gemeindepräsident Thomas Iten und ich als Departementsvorsteher Soziales teilgenommen haben. Vertreten waren die Sozialdienste der reformierten und katholischen Kirche, die Regionalstelle Bolligen der Heilsarmee, sowie verschiedene Gruppen die Flüchtlingsarbeit leisten. Bei dieser Gelegenheit haben wir festgestellt, dass ein Netzwerk von Freiwilligen besteht, das für die Betreuung von Flüchtlingen zur Verfügung stünde. Das ist wichtig, weil die öffentliche Hand allein nie in der Lage wäre, diese Betreuungsarbeit zu leisten, falls sie nötig würde. Im Rahmen des Runden Tisches haben wir auch erfahren, dass der Pavillon der reformierten Kirche am Rütliweg als Liegenschaft für die Unterbringung bzw. Betreuung in Frage kommen könnte.

An der Sitzung vom kommenden Dienstag, 15. Dezember 2015, wird sich der Gemeinderat von Fachleuten über die Flüchtlings- und Asylsituation orientieren lassen. Es sind dies Ina Gartmann von der Regionalstelle Bolligen der Heilsarmee und Daniel Rudin vom kantonalen Migrationsdienst. Ziel des Austauschs ist es, aus erster Hand Informationen über die aktuelle Lage zu bekommen.

Als Teil des Engagements des Gemeinderats im Bereich Flüchtlinge/Asyl ist auch der Beitrag zu sehen, den ich als Präsident der Asylkommission Bern Mittelland-Nord leiste. Diese Kommission unterstützt im Auftrag des Regierungsrats die Heilsarmee bei der Suche nach Wohnraum in den Gemeinden im Einzugsgebiet der Kommission. Das ist eine kaum lösbare Aufga-

be, da die Gemeinden nicht über die Nutzung privaten Wohnraums entscheiden können, sondern auf den Goodwill der jeweiligen Eigentümerschaften angewiesen sind.

Die Vizegemeindepräsidentin hat die Haltung des Gemeinderats eben erläutert. Je nach Entwicklung der Lage sind wir bereit, unsere Position zu prüfen und sie gegebenenfalls anzupassen.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die Gesellschaft ist beim Thema "Flüchtlinge" stets gespalten. Die Flüchtlinge kommen, seit dem Frau Merkel die "Willkommenskultur" entwickelt hat - *wir schaffen dass* - und seit dieser Aussage kommen immer mehr.

Ursprünglich hat die SVP-Fraktion die Meinung des Gemeinderates geteilt und einer Überweisung als Postulat zugestimmt. Mit dem neuen Wortlaut stellen wir uns nicht gegen das Geschäft.

Promemoria: Vor einem Jahr wollte der Gemeinderat die unterirdischen Unterkünfte nicht zur Verfügung stellen. Die Entwicklung wird sich dahingehend ändern, dass der Gemeinderat die unterirdischen Unterkünfte Rüti/Steingrübli öffnen muss.

3)

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 0 Stimmen den folgenden

### B e s c h l u s s

Die Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

4)

---

<sup>3</sup> 17.30 Uhr: Luca Alberucci (GLP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

<sup>4</sup> 17.35 Uhr: Bruno Grossniklaus (parteilos) verlässt die Sitzung. Es sind noch 33 Ratsmitglieder anwesend.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

### **83. Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium pro 2016**

#### **Präsidium**

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Als Präsident der Geschäftsprüfungskommission wird auf Vorschlag der CVP/GLP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Eduard Rippstein (CVP)**

#### **Vizepräsidium**

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Als Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Ernst Hirsiger (SVP)**

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Die beiden Herren nehmen die Wahl an. Ich gratuliere ihnen herzlich zur Wahl ins GPK-Präsidium.

10.2.01 Initiativen  
40.1.44 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

## 84. Volksinitiative "Bernstrasse sanieren - Verkehr optimieren!"; Annahme oder Ablehnung der Initiative inkl. Gegenvorschlag

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Vizegemeindepräsidentin Aliko Panayides (SVP):** Der Gemeinderat ist nach wie vor der Auffassung, dass das Tram die richtige Lösung für Ostermundigen ist. Zu diesem Schluss kommt er unter anderem aus drei gewichtigen Gründen: Erstens ist die Machbarkeit gegeben, zweitens kostet die Sanierung der Bernstrasse unter dem Strich ebenso viel wenn nicht sogar mehr wie eine Sanierung inklusive Trambau und drittens und am wichtigsten ist, dass das Tram die effizienteste Art ist, um einer wachsenden Bevölkerung die Mobilität zu sichern.

Der Gemeinderat hat sich die Mühe genommen, um mit einem Gegenvorschlag mehr Handlungsspielraum für die Realisierung eines neuen Tramprojekts zu schaffen und damit den Weg für eine optimale Lösung zu ebnen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Souverän ein doppeltes Ja.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Ich möchte an das Votum der Vorrednerin anknüpfen. Ich möchte auf einpaar Punkte hinweisen, welche ich schon an der Informationsveranstaltung bei den Fraktionspräsidien erwähnt habe:

- Erstmals gilt es die rechtliche und finanzielle Grundlage für die Gemeinden bei der Wahl der öffentlichen Verkehrsträger im öffentlichen Verkehr zu berücksichtigen. Die Transportmittel in der Schweiz sind für den öffentlichen Verkehr vorgegeben (sogenanntes übergeordnetes Recht) und werden dementsprechend subventioniert. Der Grosse Rat des Kantons Bern legt fest, welches ÖV-Mittel wo eingesetzt wird. In unserem Fall nach dem Antrag der Regionalkonferenz wird entschieden, ob ein Postauto, Bus oder Tram eingesetzt wird. Alle Sonderwünsche werden von Bund wie Kanton als "Wunschbedarf" taxiert und fallen zulasten der Gemeinden. Eine Sesselbahn oder eine U-Bahn können dann gebaut werden, wenn die Gemeinde Ostermundigen die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellt. Da können keine Subventionen ausbezahlt werden.
- Im Zusammenhang mit der Initiative (inkl. Gegenvorschlag) steht eine Kreditsumme von 28 Mio. Franken an. Hinzu kommen 100 Mio. Franken für die Investitionen (Bahnhofunterführung und Tram), welche von Seiten Bund und Kanton finanziert werden. Wir können von einem guten Wechselkurs profitieren.
- Die Volksinitiative wie der Gegenvorschlag wurden innert sechs Monaten vom Gemeinderat und von allen Fachstellen erarbeitet. Auf der Basis des Projektes "Tram Region Bern" wurden die Erstellungskosten nochmals nachgerechnet. Die Wendeschleife eines Trams wurde an den Standorten Bahnhof Ostermundigen, Dreieckanlage Zollgasse, Wegmühlegässli geprüft. Ebenfalls wurde die Tunnelvariante in der Rüti nochmals geprüft. Der Gemeinderat ist zur Überzeugung gekommen, dass keine dieser Varianten machbar ist.

- Aus diesem Grund hat der Gemeinderat den Gegenvorschlag mit den möglichen Wendeschlaufen erarbeitet. Auf der Hauptachse "Bernstrasse" und auf der Achse "Rütiweg" konnte von bereits bestehenden und guten Plänen profitiert werden. Innert kurzer Zeit konnte die Machbarkeitsstudie erstellt werden. Hingegen konnte die Variante "Weiterzug bis ins Steingrübli" nicht weiter geprüft werden. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass die Initiativvariante technisch machbar ist, jedoch konnte nicht noch die andere Strecke technisch geprüft werden. Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat die Annahme des Gegenvorschlages.
- Die geführten Diskussionen bei der Erarbeitung der Botschaft haben aufgezeigt, dass das Tram an 10 Tramhaltestellen überholt werden kann. Der Bus kann heute an neun Haltestellen überholt werden. Die Variante "Doppelgelenkbusse" sieht noch weniger Überholmöglichkeiten vor.
- Der Zeitpunkt für ein Tram ist günstig, da im Moment noch die Bundessubventionen zugesichert sind. Allfällige Kantonssubventionen müssen hingegen noch genehmigt werden. Auch die Stadt Bern müsste für eine Tramführung Ja-sagen. Der Angebotsbeschluss wird im Frühling 2016 festgelegt. Dieser wird von der Regionalkonferenz im Mai 2016 an den Kanton zur Vorprüfung getragen. Im März 2017 wird der Kanton Bern entscheiden und im Juni 2017 der Grosse Rat darüber abstimmen. Das Konzept ist für vier Jahre gültig. Mit allen Vor- und Nachläufen würde eine Zeitspanne von fünf Jahren verloren gehen.

Ich möchte mit dem Hinweis abschliessen, dass das Investitionsvolumen für Ostermundigen tragbar sein wird.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ich trage momentan zwei Hüte: Ich spreche nun als Parlamentsmitglied sowie als Mitglied des Initiativkomitees "Tram".

Ich danke dem Gemeinderat für den Gegenvorschlag. Wir werden im Abstimmungskampf beide Varianten unterstützen. Bei der Stichfrage unterstützen wir jedoch die Initiative.

Unsere Beweggründe sind: Es geht um Ostermundigen und seine Entwicklung sowie um unsere Zukunft. Wir müssen unsere Verkehrsprobleme lösen. Wir dürfen diese jedoch nicht einseitig lösen. Es gibt ein Verkehrsraum mit Fussgänger, privaten Verkehr, öffentlichen Verkehr, Velofahrer. Alle müssen ihren Platz erhalten. Eine gemeinsame Lösung wird die Voraussetzung für die Zukunft unseres Verkehrs sein.

Wir müssen die Bernstrasse sanieren. Die Arbeiten können nicht weiter hinausgeschoben werden. Wir können die Sanierungsarbeiten nur dann finanzieren, wenn wir diese gemeinsam mit anderen Verkehrsproblemen lösen. Der Bund hat für uns Subventionen bereitgestellt; diese können wir einfordern. Der Kantonsbeitrag wartet nicht direkt auf die Gemeinde Ostermundigen. Der Kanton subventioniert nur dann, wenn die Gemeinde Ostermundigen ihre Absichten klar und unmissverständlich darlegt. Alle anderen Lösungen kommen für die Gemeinde Ostermundigen teurer zu Stande.

Noch eine Anmerkung zum Konzept des Gemeinderates:

- Der Gemeinderat sieht einen Shuttlebus in die Rüti vor. Im Buskonzept ist eine Linienführung ab Bahnhof Ostermundigen ins Oberfeldquartier vorgesehen. Also führt den Bus ab

dem Bahnhof ins Oberfeld und die Rütibewohner können von diesem Mehrnutzen profitieren.

Ich will noch den **Änderungsantrag Nr. 1** für eine zusätzliche Beschlusseziffer anbringen:

4. *Der Gemeinderat wird beauftragt, die Abstimmung nach dem 28. Februar 2016 jedoch bis spätestens am 10. Juni 2016 durchzuführen.*

#### Begründung

Es kann nicht sein, dass bereits am 28. Februar 2016 eine Tramabstimmung durchgeführt wird. An diesem Datum ist bereits über rund sieben andere Abstimmungsvorlagen zu entscheiden. Auch würde die Zeit für den Abstimmungskampf hinfällig.

5)

**Tobias Weibel (FDP):** Das Initiativkomitee stellt uns mit dieser Vorlage vor eine zünftige Zwickmühle. Haben wir vor knapp einem Jahr unsere Meinung zum Tram doch bereits kundgetan. Fast alle hier im Saal waren vom Projekt überzeugt. Warum sollen wir uns also noch einmal äussern? Wir haben eigentlich bereits alles gesagt.

Im Bekanntenkreis bediene ich mich häufig dem Bild eines Fussballspiels, um meine Position in diesem Geschäft bildlich darzustellen. Auch die FDP. Die Liberalen-Fraktion hat sich engagiert für das Tramprojekt eingesetzt. Wäre diese Abstimmung also der Fussball-WM Final gewesen, so haben wir dieses Spiel verloren. Dies haben wir unglaublich bedauert. Wir hatten doch die viel besseren Spieler mit viel mehr Erfahrung in unseren Reihen? Wie kann so etwas nur passieren? Unsere Chancenauswertung ist damals aber ungenügend schlecht gewesen und den Tramgegnern gelang ein glückliches 1 zu 0.

Selbstverständlich werden die Trambefürworter ihre Revanche bekommen. Doch so wie eine Fussball-WM auch nur alle vier Jahre stattfindet, kann man nicht kurze Zeit nach dem grossen Finale mit einer fast identischen Vorlage erneut antreten. Das Volk ist die oberste Instanz und die Regeln sind ja klar und deutlich, vielleicht steht das im Gegensatz zum obersten Fussballverband. Wir können auch niemanden zu ihrem bzw. seinem Glück zwingen, denn das Glück ist manchmal ziemlich relativ in einer Demokratie.

Natürlich haben wir die unzähligen technischen und finanziellen Vorteile des Tramprojekts als solches nicht vergessen. Deshalb hat die FDP-Fraktion für diese Vorlage heute die Stimmfreigabe beschlossen. Anfangs 2016 wird sich die FDP anlässlich ihrer Hauptversammlung eine Gesamtmeinung mit allen Fakten bilden.

**Renate Bolliger (EVP):** Das Nein bei der Abstimmung im letzten Jahr zum "Tram Region Bern" war für mich ein Tiefpunkt in meiner politischen Karriere. Ich sass damals am Strand in Kroatien, als mich die Hiobsbotschaft auf dem Handy erreichte. Als Politikerin muss man ja mit Niederlagen umgehen, aber diese war für mich ziemlich schwierig. Umso mehr bin ich froh, dass ein Komitee wieder das Thema an die Hand genommen hat. Natürlich haben wir von der EVP-Fraktion die Initiative auch unterschrieben. Der Gemeinderat hat nach unserer Ansicht super gearbeitet und gut analysiert, wo der Schuh damals gedrückt hat. Wir finden es super, dass der Gemeinderat die Themen Rütitunnel, Doppelgelenkbusse, Linienwahl, Tram

---

<sup>5</sup> 17.50 Uhr: Melanie Gasser (GLP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

als bestes Verkehrsmittel nochmals genau unter die Lupe genommen hat. Dies waren ja die Argumente der Gegner, welche immer wieder aufgekommen sind. Die Ausführungen des Gemeinderates können wir gut nachvollziehen.

Für uns als EVP-Fraktion ist es keine Frage: Wir werden die Volksinitiative unterstützen. Wir werden jedoch den Gegenvorschlag des Gemeinderates bevorzugen und unterstützen. Für uns ist der Rütitunnel nach der Bevölkerungsumfrage nun auch definitiv vom Tisch. Nach unserer Meinung muss über diesen nicht mehr diskutiert werden, dies nach dem deutlichen Resultat aus der Umfrage.

Nach wie vor finden wir es zwingend nötig, dass das Bahnhofareal neu gestaltet wird und dass das Kapazitätsproblem der Linie 10 angegangen wird. Und es wäre wirklich zu hoffen, dass wir noch von den Bundes- und Kantonsgeldern profitieren könnten.

Wir hoffen, dass nach der Zustimmung des „Tram Region Bern“ in der Stadt Bern, der positiven Abstimmung des Bärenareals, dem Wegfallen des kostenintensiven Rütitunnels sich doch mehr Bürgerinnen und Bürger von Ostermundigen für das Tram erwärmen können. Es wäre einfach jammerschade, wenn noch eine Abstimmung bachab gehen würde. Wir müssten uns dann wirklich Gedanken machen, was wir besser machen können, um die Bevölkerung ins Boot zu holen.

Wir danken dem Gemeinderat für die gute Arbeit in dieser Sache. Gemeinsam hoffen wir, dass wir so Erfolg haben werden und sich auf der Bernstrasse etwas bewegen wird.

**Maja Weber Hadorn (SP):** Die Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften findet die Initiative und den Gegenvorschlag des Gemeinderates sehr gut. Wir finden sie aus folgenden Gründen gut:

- Ostermundigen braucht unbedingt einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs - sonst werden alle Bewohner von Ostermundigen unter den zu geringen Kapazitäten leiden. Alle! Also sowohl die Benutzer des öffentlichen Verkehrs als auch die Autofahrer und Velofahrer. Wenn nichts geschieht, werden wir alle gemeinsam im Stau stehen, die einen im Auto, die anderen im Bus. Das kommt natürlich heute gelegentlich schon vor - aber in Zukunft wird es ohne Kapazitätsausbau viel schlimmer.
- Zwar mögen auf den ersten Blick andere Verkehrsmittel interessant scheinen, für einige jedenfalls. Aber solche andere Verkehrsmittel wie etwa Doppelgelenkbusse haben leider auch grosse Nachteile. Das Tram ist wirklich die beste Lösung. Wir brauchen eine gute Lösung - nicht ein Experiment.
- Unbestritten ist, dass die Werkleitungen in der Bernstrasse dringend saniert werden müssen. Es wäre darum schlicht dumm, nur gerade die Werkleitungen zu sanieren - und zwar für das gleiche Geld, als wir hier in Ostermundigen für das Tram bezahlen müssten, oder sogar noch mehr, wie uns der Gemeinderat nun vorrechnet. Wir müssten also gleich viel oder sogar mehr bezahlen, bekämen dafür aber weniger. Das wäre wirklich dumm! Und es wäre eine Verschwendung von Steuergeldern. Eine Verschwendung von Steuergeldern können wir uns - bei unserer Finanzlage - nicht leisten. Also wollen wir etwas für unser Geld.
- Wir müssen zupacken, so lange es noch möglich ist, diese Gelder von Bund und Kantone abzuholen. Alleine könnten wir das Tram nämlich nicht stemmen. Die kantonalen und

eidgenössischen Gelder haben wir als Steuerzahlende auch mitbezahlt. Es ist also auch Recht, wenn solche Gelder für Ostermundigen ausgegeben werden.

- Die Volksinitiative gibt Ostermundigen die Möglichkeit, noch einmal über das Tram zu entscheiden. Dabei schlägt sie eine etwas andere Linienführung vor als das abgelehnte Tramprojekt. In der Hoffnung, damit die Wünsche der StimmbürgerInnen von Ostermundigen besser zu erfüllen.
- Wir unterstützen deshalb die Volksinitiative. Es ist gut, dass der Gemeinderat all die Abklärungen vorgenommen hat, über die er uns in der Botschaft berichtet: Doppelgelenkbusse, Linienführung, Kostenabklärungen. Wir können diese Abklärungen nachvollziehen. Es ist auch gut, dass der Gemeinderat eine Bevölkerungsumfrage hat machen lassen, um herauszufinden, was der Mundiger Stimmbevölkerung am Tramprojekt nicht gefallen hat.
- Der Gemeinderat möchte aber bei der Linienführung noch mehr Möglichkeiten offen lassen als die Volksinitiative. Auch das finden wir gut. Mehr Handlungsspielraum ist auf jeden Fall gut. Wir wollen ja auch eine Linienführung, die für Ostermundigen optimal passt. Wenn am Schluss eine bessere Linienführung herauskommt als gemäss Volksinitiative, dann ist das umso besser.
- Wichtig ist dabei natürlich, dass die Rüti gut an das Tram angeschlossen wird. Darum unterstützen wir auch den Gegenvorschlag des Gemeinderates.
- Wir halten es auch für richtig, den Stimmberechtigten die Volksinitiative und den Gegenvorschlag zu unterbreiten.
- Darum sind wir mit dem Antrag vom Gemeinderat einverstanden. Ich bitte euch, auch Ja zu sagen zu diesem Antrag

**Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Die Gegner des "Trams Region Bern" haben hauptsächlich private Interessen in den Vordergrund gerückt.

Ich möchte auf einen wesentlichen Punkt hinweisen: Das vorerwähnte Buskonzept existiert nicht. Es existiert ein Tramkonzept auf Stufe Kanton wie auch Bund. Die Vorabklärungen haben ergeben, dass die Rüti an den Taktfahrplan des Trams angebunden wird. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt. Weiter ist es klar, dass uns die fehlenden demokratischen Gepflogenheiten vorgeworfen werden. Dies hat jedoch einen Grund: Wir wissen, dass die Gelder/Subventionen den Bach hinunter fließen werden. Also müssen wir das Parlament bitten, uns in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Die Bahnhofunterführung muss saniert und rollstuhlgängig ausgeführt werden. Dazu haben wir bis ins Jahr 2022 Zeit. Wir dürfen die Chance nicht verpassen.

Die SVP-Fraktion unterstützt die gemeinderätliche Botschaft. Auch wir danken dem Gemeinderat für die ausführlichen Unterlagen. Die Feinabstimmungen müssen in der Planungsphase noch vorgenommen werden.

**Roger Hubschmid (FDP):** Es braucht auch noch jemanden, der das Ganze etwas kritischer beurteilt:

Beim Lesen dieser Vorlage habe ich an folgendes gedacht:



→ Volkswille oder das Volk als unser höchstes Gut.

→ Respekt gegenüber unseren Bürgern-/Innen

Vor gut 1 ½ Jahren hat das Volk zur TRB-Vorlage NEIN gesagt. Vor kurzem hat das Volk der Vorlage "Bärenhochhaus" zugestimmt. Jetzt gibt es hier offenbar einen Unterschied im Verständnis:

- Wenn das Resultat so ausfällt, wie man es möchte, ist alles in Ordnung.
- Wenn das Resultat aber so ausfällt, wie man es nicht möchte, wird ein Initiativekomitee gebildet, Unterschriften gesammelt und dem Gemeinderat ein solche eingebracht, mit dem Titel "Bernstrasse sanieren - Verkehr optimieren".

Was mich erstaunt an dieser Initiative ist folgendes:

1. Bernstrasse sanieren mit oder ohne Tram wird zu nur noch „mit Tram“
2. Die Hauptinitianten haben einerseits mitgeholfen, dass es seit gut 20 Jahren einen direkten ÖV-Anschluss bis in Rüti gibt. Andererseits sich vehement gegen eine Unterbrechung der Direktverbindung in die Rüti gewehrt - bei TRB-Vorlage.

Und jetzt soll die Rüti mit ca. 2'500 bis 3'000 Bürgerinnen und Bürger einfach abgeschnitten werden. Die Wendeschleife wird dann irgendwo sein und die Rütianer müssen dann irgendwo zwischen Rüti-Coop und Waldschleife jeweils 12 Minuten auf einen Anschluss warten oder für das bereits bezahlte Billette zu Fuss gehen.

Was mich auch noch erstaunt, ist die Tatsache, dass der Tunnel mit 30 Mio. Investitionskosten entscheidend gewesen sei - ich glaube nicht, da die Gemeinde nur 1 Mio. Franken bezahlt hätte.

Fazit: Also muss es am Ganzen gelegen haben.

Was mich auch noch erstaunt, ist die Herrlichkeit zu meinen, der Kanton und der Bund seien im Jahre 2017 einfach bereit - wenn Ostermundigen dann allenfalls JA gesagt hat - und Subventionen fliessen dann in Strömen.

Was mich weiter erstaunt, ist die Tatsache, dass die Werkleitungen der Bernstrasse noch lange so in Ordnung sind, wenn man mit den Sanierungsarbeiten noch über das Jahr 2020 hinaus warten kann.

In der Vorlage "Tram Region Bern" vom 8.5.2014 unter Kapitel 4.6 heisst es: „bei einem NEIN zu TRB sind die anstehenden Sanierungen „Waldeck/Zollgasse“ umgehend zu planen und zu realisieren.“

Fazit:

- Die Vorlage ist nur leicht abgeändert gegenüber der TRB-Vorlage.
- Die Kostenschlüssel sind unklar, zumal ja die Gemeinde Köniz nicht mehr dabei ist.
- Die Subventionsbeiträge von Bund und Kanton sind ebenfalls nicht klar, da man gar nicht weiss, in welcher Form die Stadt Bern überhaupt noch mitmacht.
- Den Glauben zu haben, alles Versäumte unserer nötigen Sanierungen werde zum grossen Teil von anderen bezahlt, weil wir ja mit leerer Kasse dastehen.
- Und zu guter Letzt fehlt mir der nötige Respekt gegenüber unseren Stimmbürgern: Für was wird überhaupt noch abgestimmt?

Ich werde dieser Vorlage jedenfalls nicht zustimmen.

**Thomas Bendoza (FORUM):** Mich hat das Geld zur Zustimmung bewogen. Wir bekommen fast zum gleichen Betrag noch ein Tram. Wichtig ist auch, dass bei der ersten Tramabstimmung viel Geld für die Planung in die Finger genommen wurde. Heute können wir die Schublade öffnen und von einem fast fixfertigen Projekt profitieren. Der Bau des Rütitunnels wird hinfällig; er ist nicht mehr im Projekt vorgesehen.

Ich möchte dem Gemeinderat für den dargestellten Gegenvorschlag meinen persönlichen Dank aussprechen.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ich fühle mich von Roger Hubschmid (FDP) direkt angesprochen: Wir respektieren den Volkswillen. Es gibt noch eine andere Volksinitiative: Den Bau einer zweiten Gotthardröhre. Das sind legitime demokratische Rechte, Initiativen einzureichen - so viele wir wollen und egal zu welchem Zeitpunkt

Der Rütitunnel war in der durchgeführten Bevölkerungsbefragung das Hauptargument der Tramgegner. Aus diesem Grund haben wir den Rütitunnel aus dem Projekt gestrichen und etwas Neues geplant.

Ich war auch der Meinung, dass das Tram zwingend in die Rüti hinauffahren sollte. Wenn diese Lösung jedoch vom Souverän nicht akzeptiert wird, muss eine andere Lösung gesucht werden.

**Luca Alberucci (GLP):** Die GLP/CVP-Fraktion wird geschlossen dem Antrag des Gemeinderates folgen, somit die Initiative und den Gegenvorschlag gutheissen und im Stichtentscheid sich für den Gegenvorschlag des Gemeinderates aussprechen. Obwohl letztlich die Fraktion geschlossen hinter der Vorlage steht, waren die Meinungen in der Fraktion nicht sofort gemacht. Es gibt nämlich doch auch Anlass zur Kritik. Bevor ich auf die Gründe für unserer Unterstützung eingehe, möchte ich deshalb noch ein paar kritische Bemerkungen anbringen:

- Dem Parlament werden nicht wirklich zwei Varianten vorgelegt. Beide Vorschläge sind, was die Verkehrslösung auf der Bernstrasse betrifft, identisch (Tram mit gleicher Linienführung). Grundsätzlich hätte man (als Parlamentarier und als Stimmbürger) sich schon zwei echte Varianten gewünscht.
- Als Bewohner der Rüti kann man argumentieren, dass sich das Verkehrsangebot verschlechtert. Neu wird umgestiegen. Selbstverständlich kann im Gegenzug von einer dichteren Ortsbusabdeckung profitiert werden. Inwiefern die Chancen bei Stimmbölkern dadurch noch schlechter stehen, ist schwer zu beurteilen.
- Dass eine erneute Abstimmung bei gewissen Stimmbürgern als "Zwängerei" bezeichnet wird, ist nachvollziehbar.
- Ob das Projekt so reduziert werden kann, ist ebenfalls unklar (SBB-Unterführung).

Warum steht die Fraktion trotz allen Bedenken geschlossen hinter dem Antrag des Gemeinderates?

- Das Tram ist eine Lösung des Verkehrsproblems.
- Es bringt einen weiteren Entwicklungsschub nach Ostermundigen - das haben wir nötig.

- Und am wichtigsten! Es ist die letzte Chance für die Gemeinde, auf andere Mittel zuzugreifen und erlaubt es, nötige Investitionen und Sanierungen mit relativ geringem finan-  
ziellem Aufwand seitens Ostermundigen zu machen.

Aus diesem Grund empfehlen wir dem Stimmbürger, ein doppeltes Ja einzulegen - mit der Präferenz des Gegenvorschlages des Gemeinderates.

**Christian Zeyer (SP):** Wir haben ein paar sportliche Vergleiche zu hören bekommen. Mir ist ein anderer Satz in den Sinn gekommen: „It's not good, it's not the end.“ Wir müssen für ein gutes Ende kämpfen! Als Beispiel dient uns die Einführung der AHV:

- Die gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung der AHV wurden im Jahr 1925 erschaffen und im Jahre 1931 erstmals dem Souverän vorgestellt. Die Vorlage wurde abgelehnt.
- Gegen den Volkes Willen wurde vom Bundesrat eine zweite Vorlage erschaffen und erst im Jahre 1947 wurde die AHV vom Volk angenommen und als dann auch umgesetzt.
- Das Geschäft benötigte eine Zeitdauer von über 22 Jahren.

Wieso sollen hier Steuergelder ausgegeben werden - die Tramlinienführung wurde vom Souverän abgelehnt? Eine neue Ausgangslage muss geschaffen werden, damit das Projekt wieder ins Rollen gebracht werden kann. Zusammen mit der Stadt Bern sowie mit Bund und Kanton müssen die Voraussetzungen für die Annahme der Volksinitiative geschaffen werden. Die Realisierungsmöglichkeit muss nochmals überlegt werden; auch wenn der Abstimmungsentscheid relativ knapp ausfiel. Ein entscheidendes Argument war bestimmt der Rütitunnel.

Wir haben nun die Voraussetzungen erheblich verändert. Der Rütitunnel wurde aus dem Projekt gekippt. Ich setze mich auch für gute Werkleitungen ein. Diese müssen ersetzt werden; jedoch nicht von heute auf Morgen. Aus ökologischen Überlegungen ist es sinnvoll, die Sanierungs- und Neubauarbeiten zu koordinieren. Deshalb ist es richtig, dass diese Arbeiten miteinander ausgeführt werden. Das Argument, dass bereits viele Gelder in die Planung eingeflossen sind, kann ich nicht nachvollziehen.

**Vizegemeindepräsidentin Aliko Panayides (SVP):** Zum Votum „Abstimmungstermin“: Der Gemeinderat wird den Abstimmungstermin am nächsten Dienstag festlegen. Verschiedene Aspekte müssen geprüft werden. Auf zwei Punkte möchte ich bereits heute hinweisen:

1. Die Abstimmungsvorlagen (Bund, Kanton, Gemeinde) müssen aufeinander Rücksicht nehmen.
2. Wenn ein separater Abstimmungstermin in Frage kommt - und dies wird notwendig, wenn nicht am 28. Februar 2016 gewählt wird - muss die Abstimmung spätestens im April 2016 vorgenommen werden. Nur so kann vom Angebotsbeschluss des Kantons profitiert werden.

Eine separate Abstimmung ist mit finanziellem Aufwand verbunden. Im Minimum müssen Fr. 12'000.-- aufgewendet werden. Ein zweiter Wahlgang für den Regierungsrat ist nicht ausgeschlossen. Das Wahl- und Abstimmungsmaterial kann jedoch nicht im gleichen Versand (verschiedene Zustellungsfristen) vorgenommen werden. Wie beim "Bärenhochhaus" und "Ständeratswahlen; 2. Wahlgang" wären zwei Versände notwendig.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Besten Dank allen Votanten für die vielen positiven Rückmeldungen. Ich möchte noch die Fragen beantworten:

① Frage Luca Alberucci (GLP) betreffend "Bahnhof"

Erste Diskussionen zwischen Kanton (nicht Gemeinde Ostermundigen) und den SBB betreffend Linienführung haben stattgefunden.

① Frage Luca Alberucci (GLP) betreffend „Tramlinienführung“

Der „Raumentwicklungswegweiser 2025“ dient dem Gemeinderat als Grundlage. Da werden die Faktoren Siedlungsgebiet, Verkehrswege, Wirtschaft, Landwirtschaft, Energie und Gesellschaft festgehalten. Er zeigt uns auf, wie es in der Gemeinde Ostermundigen weitergehen soll. Der Wegweiser diene dem Gemeinderat bei der Variantenwahl. Alle möglichen Varianten auf den Hauptverkehrsachsen wurden geprüft. Wir konnten eine mögliche Linienführung ab der Ecke Bernstrasse/Rütiweg bis ins Steingrübli nicht prüfen.

① Frage Roger Hubschmid (FDP) betreffend „Anschluss Rüti“

Der Rütianschluss wurde in einer Machbarkeitsstudie geprüft. Ein Shuttlebus fährt ab der Tramwendeschleife bis in die obere Rüti. Es sind zwei zusätzliche Bushaltestellen vorgesehen. Damit wird die Rüti besser als heute erschlossen. Die Erläuterungen dazu sind in der Botschaft auf Seite 15 abgebildet.

① Frage Roger Hubschmid (FDP) betreffend „Kostenschlüssel“

Die Gemeindeinitiative und der Gegenvorschlag werden heute Abend dem Parlament vorgestellt. Die Zahlen in der Botschaft beziehen sich ab der Waldeck bis unterhalb der Rüti (Waldkurve). Weitere Massnahmen generieren Mehrkosten zulasten der Gemeinde Ostermundigen.

In meinem Eingangsvotum habe ich auf die Zusammenarbeit mit Bund und Kanton hingewiesen. Es wurde ein Workshop durchgeführt. Alle Vertreter der verschiedenen Organisationen waren eingeladen.

**Eduard Rippstein (CVP):** Der Abstimmungstermin 28. Februar 2016 sieht den folgenden Terminplan vor:

- Drei Wochen vorher muss der Versand der Abstimmungsbotschaft erfolgen, d. h. am 7. Februar 2016 muss die Abstimmungsbotschaft bei den Stimmberechtigten im Briefkasten sein.
- Wir stehen kurz vor der Festtagspause. Die Abstimmungsbotschaft muss erarbeitet werden und dafür sind noch verschiedene Abklärungen hängig.

Der Abstimmungstermin ist somit nicht relevant. Die Kosten für die Durchführung der Abstimmung von Fr. 12'000.-- sind bei einer Gesamtsumme von 28 Mio. Franken irrelevant.

**Roger Hubschmid (FDP):** Zum Thema "Shuttlebus" möchte ich noch Nachfragen: Kann der Nachtbus resp. Moonliner nicht auch in die obere Rüti geführt werden? Diese Frage wurde seinerzeit klar verneint. Wieso wird dieser Sachverhalt nun in die Vorlage zur Volksinitiative eingebracht?

**Vizegemeindepräsidentin Aliko Panayides (SVP):** Der Gemeinderat legt die Abstimmungstermine fest. Die Absichtserklärung von Eduard Rippstein (CVP) kann in diesem Sinne entgegen genommen werden. Am nächsten Dienstag wird darüber entschieden.

Die Abstimmungsbotschaft ist schon fast fertig verfasst. Die Grundlagen sind vorhanden.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Der Anmerkung von Roger Hubschmid (FDP) kann ich erwidern, dass ich damals nicht als Gemeinderat tätig war. BernMobil haben in der Zwischenzeit Fahrversuche in die Rüti vorgenommen. Der geplante Shuttlebus hat die Grösse der heutigen Busse auf der Linie Nr. 28.

**Beat Leumann (FDP):** Bei der ersten Abstimmung "Tram Region Bern" habe ich noch in der Rüti gewohnt. Ich persönlich war stets ein Gegner des Projektes resp. des Rütitunnels. Die korrekte Erschliessung der Rüti hat mit einem Bus bis in den oberen Teil des Quartiers zu erfolgen. Die Anwohnerschaft wird glücklich sein, wenn ein Shuttlebus mit zusätzlichen Haltestellen bis in die obere Rüti verkehrt.

Klar kann eine erneute Abstimmung als Zwängerei deklariert werden. Ich weiss jedoch nicht, wie auf den Verzicht des Kantons aufmerksam gemacht werden kann. Die Kosten des Kantons dürfen nicht von der Gemeinde Ostermundigen bezahlt werden.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Zum Thema „Abstimmungstermin“ möchte ich noch darauf aufmerksam machen: Wenn der Gemeinderat die Abstimmung gewinnen will, muss er auf die Gunst der Parteien zurückgreifen. Die Parteien brauchen Zeit für die Mobilisierung resp. Werbung des Abstimmungskampfes. Ein Marketing ist auch bei dieser Vorlage von grosser Wichtigkeit

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag Nr. 1 von Eduard Rippstein (CVP) ab. Dieser lautet wie folgt:

4. *Der Gemeinderat wird beauftragt, die Abstimmung nach dem 28. Februar 2016 jedoch bis spätestens am 10. Juni 2016 durchzuführen.*

### A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 26 zu 0 Stimmen angenommen.

**Ratspräsident:** Somit kommen wir zur Schlussabstimmung. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 2 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) den folgenden

### B e s c h l u s s

1. Den Stimmberechtigten wird die Volksinitiative "Bernstrasse sanieren – Verkehr optimieren!" und der Gegenvorschlag "Mehr Handlungsspielraum!" zur Abstimmung unterbreitet.
2. Den Stimmberechtigten wird die folgende Abstimmungsempfehlung abgegeben:

*"Der Grosse Gemeinderat und der Gemeinderat empfehlen Ihnen (entsprechend ihren Beschlüssen vom 10. November bzw. 10. Dezember 2015) sowohl die Volksinitiative "Bernstrasse sanieren - Verkehr optimieren!" als auch den Gegenvorschlag "Mehr Handlungsspielraum!" anzunehmen.*

*Für den Fall, dass beide Vorlagen angenommen werden, empfehlen Ihnen der Grosse Gemeinderat und der Gemeinderat den Gegenvorschlag "Mehr Handlungsspielraum!" anzunehmen (Stichfrage).*

3. Das Büro des Grossen Gemeinderates wird beauftragt, eine Stellungnahme des Initiativkomitees einzuholen und diese in die Abstimmungsbotschaft aufzunehmen.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Abstimmung nach dem 28. Februar 2016 jedoch bis spätestens am 10. Juni 2016 durchzuführen.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Besten Dank für das grosse Interesse an der Vorlage sowie die Zustimmung. Zum Schluss möchte ich erwähnen, dass wir beim Projekt "Tram Region Bern" noch ein besseres Abstimmungsergebnis erzielen konnten. Im Nachhinein haben wir bemerkt, dass die Parteien und ihr Umfeld zu wenig für ein Ja beim Souverän getan haben. Die Abstimmung "Bärenareal" ist diesbezüglich anders verlaufen. Diese Abstimmungsvorlage sollten wir hier als gutes Beispiel mit ins Feld führen. Alle sollten sich für die Volksinitiative einsetzen: Sei es zuhause oder im persönlichen Umfeld - Besten Dank.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Der Ratssekretär hat mir mitgeteilt, dass das Abstimmungsergebnis nicht stimmen kann. Wir wiederholen somit die Abstimmung nochmals. Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

Ja: 13 + 12 Stimmen = 25 Stimmen

Nein: 0 + 2 Stimmen = 2 Stimmen

Total = 27 Stimmen, d. h. bei 34 Anwesenden werden 7 Enthaltungen festgehalten.

40.12.17 Abfallentsorgungsstrategie

## 85. Abfallentsorgungsstrategie II; Kenntnisnahme

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Der Gemeinderat hat eine Spezialkommission eingesetzt, um die Abfallentsorgungsstrategie II ins Leben zu rufen. Die Spezialkommission wurde aus Mitgliedern des Parlamentes sowie der Kommission Tiefbau und Betriebe gebildet. Das Umweltberatungsbüro Infraconsult AG, Frau Bea Schwarzwälder, hat das Projekt begleitet. Technische Fragen aus dem Plenum werden anschliessend von Frau Schwarzwälder beantwortet.

**Peter Wagner (EVP):** In der Ist-Analyse der Erläuterungen der Botschaft des Gemeinderates ist erwähnt, dass im Jahr 2014 in der Gemeinde Ostermundigen 6'248 Tonnen Abfälle gesammelt wurden. Das ergibt 369 kg pro Einwohner und entspricht ca. 1 kg pro Einwohner und Tag. Diese Abfallmenge muss sinnvoll entsorgt und wo möglich wiederverwertet werden. In der Abfallentsorgungsstrategie II ist aufgezeigt, wie die angepasste Entsorgung realisiert werden soll. Für den Kehrriech und das Grobgut, das Metall, das Papier und Karton ist die vorgeschlagene Sammlung sinnvoll. Auch das Grüngut mit den Rüstabfällen kann man sinnvollerweise zusammen wöchentlich das ganze Jahr durch einsammeln. Wo ich meine Bedenken habe, sind die Speisereste mit der gleichen Sammlung vorzunehmen. Dies aus folgenden Gründen: Verstärkte Geruchsemissionen in den warmen Jahreszeiten, Verbreitung von Ungeziefer und Krankheiten, Wildtiere werden durch Gerüche angezogen und versuchen an die Abfälle heranzukommen, Reinigung der Container muss sichergestellt werden mit Ableitung des Abwassers in die Kanalisation.

Aus den genannten Gründen werde ich Speisereste, soweit sie anfallen, mit dem Hauskehricht entsorgen! Im Übrigen haben Restaurationsbetriebe restriktive Anforderungen für die Entsorgung von Speiseresten. In grossen Siedlungen mit einem Grüncontainer können die Speisereste einen hohen Anteil an der Grüngutabfuhr erreichen und somit problematisch sein. Dies meine Bedenken zu der kombinierten Grüngutabfuhr.

**Christian Zeyer (SP):** Besten Dank für den Bericht. Wir nehmen ihn zur Kenntnis, wünschen uns aber Vertiefungen in drei Bereichen:

1. Aufarbeitung von Kennzahlen für die drei wichtigsten Entsorgungstouren
2. Analyse der Papiersammlungen
3. Vertiefung im Bereich Grüngut

Zum Ersten:

Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn es über die spezifischen Kosten eine bessere Übersicht gegeben würde. Unseres Erachtens sollten in einer Tabelle dargestellt werden, wie sich die Kosten z. B. auf Fahrzeugkosten, Beladerkosten etc. aufteilen und auch wie viele km pro

Entsorgungskategorie (also Hauskehricht, Grüngut, Papier) jeweils gefahren werden, was die mittlere Beladung in Tonnen und vor allem in Volumen pro Fahrt ist etc..

Warum interessiert uns das? Es gibt ein paar Dinge, die so im Bericht nicht vollständig plausibel sind. Das heisst, man kann nicht nachvollziehen, wie gewisse Aussagen begründet werden. Wie kommt zum Beispiel die Aussage zustande, dass nur rund 20 % des Fahrens eingespart werden könnten, wenn man auf eine einmal wöchentliche Abfuhr umstellen würde? Ich vermute, dass das damit zu tun hat, dass Lastwagen bei einer Fuhr schneller voll wären, daher mehr Fahren gemacht werden müssen. Das könnte so sein, muss aber nicht zwingend. Bessere Zahlen, die in einer Tabelle zusammengefasst sind und direkte Vergleiche zwischen den verschiedenen Entsorgungsarten erlauben, können hier Klarheit bieten.

Damit zum Zweiten:

In der Abfallentsorgungsstrategie wurde keine Analyse der Papiersammlungen gemacht. Mit 170'000 Franken sind die Kosten zwar überschaubar. Ich habe ein paar Stunden investiert um die konkreten Kennzahlen zu berechnen und komme dabei zum Schluss, dass womöglich eine Optimierung der Logistik möglich ist.

Eine optimierte Logistik in der Sammlung spart nicht nur Kosten, sondern reduziert auch die Abnutzung des Fahrzeugs, den Energieverbrauch und den Schadstoffausstoss, da vor allem auch der „stop and go“ beim Sammeln belastend ist.

Da Papier ein Wertstoff ist, der im Gegensatz zu Hauskehricht kompakt ist, gut gelagert werden kann und nicht stinkt, sollte man die Sammellogistik überdenken. Der Komfortverlust, der damit einhergeht, ist meines Erachtens verkraftbar.

Es kann sein, dass man nach der Analyse zu Schluss kommt, dass man es beim Alten belässt. Es ist für mich aber nicht nachvollziehbar, dass man gar keine Analysen durchführt und diesen Aspekt im Abfallkonzept nicht beleuchtet.

Zum Dritten:

Desgleichen aber wohl mittelfristig sollte auch noch mehr Gehirnschmalz in die Prognosen für die Grünabfuhr fließen. Die getroffenen Annahmen scheinen uns doch etwas beliebig. Wir sind sicher, dass es bezüglich der zu erwartenden Tonnagen bessere Informationen gibt, die mitberücksichtigen, dass das Verhalten in Mehrfamilienhausquartieren ganz anders ist als in Einfamilienhausquartieren. Ausserdem empfehlen wir dringend, etwas Recherchearbeit in Erfahrungsberichte zur Grüngutsammlung zu stecken. Was führte dazu, dass an einzelnen Orten die Sammlung zum Erfolg wurde - was führte zum Misserfolg?

**2. Vizepräsident Roger Schneiter (SVP):** Bei der Papiersammlung ist mir aufgefallen, dass "nicht gebündeltes Papier" nicht mitgenommen wird. In meinem Geschäft habe ich das Altpapier in graue Kisten für die Sammlung bereitgestellt. Wieso werden diese Kisten plötzlich nicht mehr geleert? Ich habe mit dem Werkhofpersonal gesprochen und auf den Missstand hingewiesen. Ich habe die Kisten am Abend wieder vom Entsorgungsplatz entfernt.

Ein Werkhofmitarbeiter hat mir gesagt, dass in den nächsten Tagen das Papier separat eingesammelt wird, welches am Sammeltag (Dienstag) nicht mitgenommen und von der Bevölkerung draussen stehen gelassen worden ist.



Die Papiereinschütter sollten mit den notwendigen Kompetenzen auf die Sammeltour geschickt werden und wissen, welches Papier eingesammelt und welches Papier nicht mitgenommen wird.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Wir diskutieren über die Abfallentsorgungsstrategie. Zur Papiersammlung kann ich die folgenden Informationen abgeben:

- ① Die Papiersammlung findet nur noch 25 Mal statt (anstatt 50 Mal); welche Auswirkungen hat das?

Wir können damit einige Tausend Franken einsparen. Andere müssen dafür einige Tausend Franken investieren. Wieso das?

Es gibt Liegenschaften, welche einen Papiercontainer nutzen. Ein Papiercontainer benötigt mehr Platz bzw. Investitionen und Unterhalt. Dies schlägt sich auf die Nebenkostenabrechnung der Mieterschaft nieder. Vielleicht ist gar kein Platz für einen (bzw. zusätzlichen) Papiercontainer vorhanden.

- ① Sammellogistik: Es dürfen keine Kreise geschafft werden. Es wird versucht, den Abfall in einem Aufwisch abzuführen. Ab dem Jahr 2017 soll am gleichen Tag in der ganzen Gemeinde der Hauskehricht abgeführt werden. Das wird zu weniger Problemen mit falsch bereitgestelltem Abfall führen. Damit kann das Litteringproblem reduziert werden.
- ① Vier Fahrzeuge statt zwei Fahrzeuge im Einsatz

Wenn nur noch alle zwei Wochen das Papier abgeführt wird, werden vier Kehrlichfahrzeuge im Einsatz stehen.

Wir werden die Fragen und Unklarheiten aufnehmen, bearbeiten und an einer nächsten Sitzung das Parlament über den Stand informieren.

**Bea Schwarzwälder (Büro IC Infraconsult AG):** Ich probiere diese Fragen zu beantworten:

- ① Rüstabfälle

Ich bin 100 % einverstanden damit, die Nahrungsmittel aufzuessen und nicht wegzuwerfen. Doch spätestens bei den Knochen stossen wir an Grenzen. Auch Essensresten, welche im Kühlschrank liegen bleiben, müssen oftmals weggeworfen werden. Diese Resten werden mit dem Hauskehricht oder der Grünabfuhr inkl. Speiseresten entsorgt. Die Entsorgungsmöglichkeit kann jeder selber wählen.

- ① Grünabfuhr

Die Grünabfuhr kann nicht geruchsfrei vorgenommen werden. Bei den Werkhofmitarbeitenden ist diese Art von Kehrlichabfuhr nicht so beliebt; es saftet und stinkt. Ein Unterschied der Geruchsemissionen zwischen Speiseresten und Grünabfuhr kann nicht vorgenommen werden. Die wöchentliche Abfuhr am Montag, d. h. direkt nach dem Wochenende, ist die beste Lösung.

① Container

Es gibt spezielle Grüncontainer. Diese sind möglichst in den Schatten zu stellen. So können die Geruchsemissionen reduziert werden.

① Kontakt mit anderen Gemeinden

Ich wohne in der Stadt Bern. Dort werden seit einem Jahr die Rüstabfälle eingesammelt. Ich benutze diese Abfuhr. Der Mieterschaft, bestehend aus fünf Parteien, wird ein separater Container zur Verfügung gestellt. Ich bin mit dieser Abfuhr sehr zufrieden.

Ich hatte Kontakt mit der Stadt Zürich. Die Rüstabfälle werden seit zwei Jahren zusammen mit den Grünabfällen abgeholt. Die Erfahrungen sind gut und es gibt fast keine Schwierigkeiten. Das "Terrain" mit der Einwohnerschaft und den Hausverwaltungen wurde vorgängig gut sensibilisiert.

① Biologisch abbaubare Säcke

Diese können bei den Grossverteiler gekauft werden. Die fünf oder neun Liter grossen Säcke können in die Grüncontainer deponiert werden. Es gibt auch grosse Säcke für einen ganzen Container. Die Firma Contreag AG<sup>6)</sup> ist spezialisiert für die Reinigung von Containern resp. stellen sogenannte Bio-Container zur Verfügung. Die Besitzer von Container können sich bei dieser Firma anmelden.

① Kennzahlen

Wir haben seit 10 Jahren intensiv Zahlen und Fakten gesammelt und intensiv gerechnet, d. h. ein Controlling "Abfall" wurde aufgebaut und wird von der Abteilung Tiefbau + Betriebe verwendet. Die Kennzahlen können bei der Abteilungsleitung verlangt werden.

**Marlis Weber (parteilos):** Ich finde das Konzept eine gute Sache! Zu „Papierabfuhr nur noch alle 14 Tage“ möchte ich folgendes zu bedenken geben:

In der Schulanlage Mösli fällt täglich enorm viel Papier an und wir sind dankbar, dass dieses wöchentlich abgeführt wird. Eine Abfuhr alle zwei Woche wird mit grösseren Investitionen - mehr Papiercontainer; mehr Platzbedarf schaffen - verbunden sein.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine weiteren Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

### B e s c h l u s s

1. Das Konzept „Abfallentsorgungsstrategie II Ostermundigen“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Abfallreglement wird aufgrund der Abfallentsorgungsstrategie II angepasst und im Laufe des Jahres 2016 dem Parlament zum Beschluss vorgelegt.

---

<sup>6</sup> <http://contreag.ch/de/>

10.0.11 Reglemente Gemeinde  
50.3.1.01 Wahl- und Abstimmungsreglement (früher 50.301)

## 86. Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Totalrevision

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Hans Peter Friedli (SVP):** Ich bin Mitglied des ständigen Ausmittlungsausschusses und habe bereits öfters festgestellt, dass noch Couverts am Sonntag im Briefkasten der Gemeindeverwaltung liegen. Diese dürfen auch nach dem revidierten Reglement nicht mehr berücksichtigt werden. Ich finde es nicht sinnvoll, die Wählenden im Glauben zu lassen, sie hätten an den Abstimmungen resp. Wahlen teilgenommen. Dabei wird ihre Stimme aus formellem Grund gemäss Reglement nicht berücksichtigt und nicht akzeptiert.

Im Interesse der Wählenden und weil der Gemeinde keine Kosten für eine Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglementes entstehen, stelle ich den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

II. Unter allgemeine und gemeinsame Bestimmungen und Wahlen; Artikel 9 Absatz 3 - Zustellung der brieflichen Stimmabgabe

*Wird das Antwortcouvert an den von der Gemeinde vorgesehenen Stellen in den Briefkasten eingeworfen, muss dies bis am Sonntag, 10.00 Uhr, am Wahl- oder Abstimmungstag erfolgen.*

Es ist eine Sache von einem Tag (Sonntag statt Samstag), seine Abstimmungs- und Wahlpflichten wahrnehmen zu können.

**Rahel Wagner (EVP):** Ende gut, alles gut. So könnte man die Odyssee der Totalrevision des Wahl- und Abstimmungsreglements zusammenfassen. Nun liegt die definitive Version vor. Nur in Artikel 63 Absatz 2 Litera b) stimmt ein Bezug auf einen andern Artikel noch nicht. Dort müsste es in der zweituntersten Zeile heissen «..., unter Vorbehalt von Artikel 79 (nicht 80)...». Ansonsten gibt es vor der Drucklegung nur noch ganz kleine Schönheitsfehler wie Kommas etc. zu beheben.

Nachdem für das Wahl- und Abstimmungsreglement wegen des neuen übergeordneten Rechts eine Totalrevision notwendig wurde, konnte auch gleich die Motion der EVP-Fraktion vom 13. Februar 2014 erledigt werden. Aufgrund der Ereignisse bei den letzten Gemeindewahlen im Jahr 2012 wurde es nötig, die Abläufe bei der Ausmittlung genau zu regeln. Es wurde deshalb in Artikel 34 (vorher Art. 33) ein neuer Absatz 3 eingefügt, mit der Bestimmung, dass der Gemeinderat die Abläufe bei der Ausmittlung mittels einer Checkliste regelt.

Neu sind die Artikel 38 bis 40:

- Der Artikel 38 regelt das Vorgehen bei Unregelmässigkeiten in der Ausmittlung, wie diese bei den Gemeindewahlen 2012 vorgekommen sind.
- Der Artikel 39 regelt das Vorgehen bei einer amtlichen Nachzählung.
- Der Artikel 40 den Zeitpunkt der amtlichen Feststellung des Ergebnisses durch den Gemeinderat.

Bisher wurde das Wahlergebnis durch den Gemeinderat jeweils bereits während der Bescherdefrist festgestellt.

Die EVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die geleisteten Arbeiten. Die EVP-Motion kann deshalb mit dem nächsten Verwaltungsbericht als erledigt abgeschrieben werden.

Wir werden auch das nächste Geschäft, die Totalrevision des Reglements über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials etc. genehmigen und dazu nichts mehr sagen.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP/GLP-Fraktion stimmt dem gemeinderätlichen Antrag wie vorgestellt zu.

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Hans Peter Friedli (SVP) ist vernünftig. Doch das übergeordnete Recht lässt die gewünschte Anpassung nicht zu, d. h. der Änderungsantrag ist rechtlich nicht zulässig.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Die Aussage von Eduard Rippstein (CVP) ist korrekt. Brieflich kann nur bis zum erwähnten Zeitpunkt, d. h. bis Samstag abgestimmt werden.

① Wir werden inskünftig die Briefkästen besser anschreiben.

**Hans Peter Friedli (SVP):** Der Briefkasten wird bis dato am Samstag um 10.00 Uhr geleert. Auch mit dem revidierten Wahl- und Abstimmungsreglement wird dies so sein. Wer am Samstagnachmittag sein Abstimmungsouvert in den Briefkasten legt, dessen Stimmrecht ist ungültig resp. wird nicht zur Wahl zugelassen.

Ich kann mich mit diesem Sachverhalt nur schwer zufrieden geben. Aber Gesetz ist Gesetz.

**Rahel Wagner (EVP):** Noch eine Anmerkung zum Stichwort "Briefkasten": Die Gemeinde kennt sehr viele Briefkästen. Diese sind vielfach zu wenig tief, d. h. die Post kann relativ einfach aus dem Briefkasten entnommen werden. Das Problem scheint mir sehr suspekt. Auch bei der Dienststelle KES ist nur ein "flacher" Briefkasten montiert. Die doch "heikle Briefpost" muss sicher hinterlegt werden können. Ich bitte die Abteilung Hochbau, diesem Missstand in Zukunft Rechnung zu tragen - besten Dank.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir haben über den Änderungsantrag Nr. 1 abzustimmen.

*Wird das Antwortouvert an den von der Gemeinde vorgesehenen Stellen in den Briefkasten eingeworfen, muss dies bis am Sonntag, 10.00 Uhr, am Wahl- oder Abstimmungstag erfolgen.*

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Der Ausmittlungsausschuss beginnt am Samstag ab 10.00 Uhr die Wahl-/Stimmcouverts zu öffnen. Sollte die Abgabezeit verlängert werden, dann müsste sicherheitshalber auch mit dem Öffnen der

Couverts später begonnen werden. Ein Teil des Ausmittlungsausschusses ist froh, dass das Öffnen der Couverts bereits am Samstag erfolgt, dadurch kann die Anwesenheit am Sonntag verkürzt werden.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Hans Peter Friedli bist du bereit, deinen Änderungsantrag zurück zu ziehen?

**Hans Peter Friedli (SVP):** Ich habe schon einige Male an der Öffnung der Couverts teilgenommen. Die Couverts werden auch am Sonntag noch aufgeschnitten. Ich sehe im vorliegenden Fall das Argument der Verhältnismässigkeit nicht ein. Wenn übergeordnetes Recht des Kantons die Zeit festlegt, dann habe ich mit dem vorgeschlagenen Absatz 3 kein Problem.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP):** Wir sind von übergeordnetem Recht her verpflichtet, bei den Abläufen gewisse Kontrollmechanismen zu gewährleisten.

**Hans Peter Friedli (SVP):** Wenn dem so ist, ziehe ich meinen Änderungsantrag zurück.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine Anmerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

1. Die Totalrevision des Wahl- und Abstimmungsreglements wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.0.11      Reglemente Gemeinde  
50.3.1.05    Gemeindewahlen

## **87. Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen (RVWM); Genehmigung der Totalrevision**

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Anmerkungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

1. Die Totalrevision des Reglements über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

7)

---

<sup>7</sup> 19.30 Uhr: Colette Nova SP) tritt der Sitzung bei. Priska Zeyer (parteilos) verlässt die Sitzung. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

10.3.72      Motionen  
40.1.18      Radwegnetz, Allgemeines

## **88. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Stellungnahme dokumentiert. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

**Tobias Weibel (FDP):** Es ist unser Job als Mitglieder eines Milizparlaments im Alltag ein wenig die Fühler auszustrecken in unserer Gemeinde. Wenn nötig gehen wir den Problemen dann natürlich nach und beheben sie in diesem Saal gemeinsam.

Die Beantwortung unserer Motion zum Parkplatzregime im Oberfeldquartier tönt in meinen Ohren über weite Strecken ein bisschen wie eine Rechtfertigung einer Behörde. Besten Dank trotzdem für die Erarbeitung dieser guten Kompromisslösung. Natürlich habe ich auch Stimmen gehört, denen geht das noch immer zu wenig weit. Aber mit Blick auf die heutige Situation, wo Besucher praktisch immer gleich zum Portemonnaie greifen müssen, ist diese Lösung dennoch eine klare Verbesserung.

**Maja Weber Hadorn (SP):** Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sind von der gemeinderätlichen Beantwortung ein wenig überrascht. Der Prozess sieht wie folgt aus: Ein politischer Vorstoss in Form einer Motion wurde eingereicht. Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt heute Abend zur Debatte vor. Ist es nun eine gewisse Cleverness des Gemeinderates bzw. ein Ausloten des Parlamentsrechtes? Die Stellungnahme mit einem Kompromiss führt in den Wunsch, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Was passiert, wenn das Parlament die Motion und das Postulat ablehnt - wie geht der Gemeinderat dann weiter vor?

**Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne):** Die Motion wie auch die vorgeschlagene Lösung im Postulat vom Gemeinderat lehnt die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ab. Es ist nicht verständlich, wieso das aktuelle Parkierungsregime wieder abgeändert werden soll, zumal es von der Bauherrschaft so akzeptiert wurde. In der näheren oder auch ein wenig weiteren Umgebung hat es genügend Parkplätze, die wie in der vorgeschlagenen Version vom Gemeinderat zu den entsprechenden Zeiten gratis sind. Aus grüner Sicht ist es zumutbar, solch kurze Wege unter die Füße, statt unter die Räder zu nehmen. Der Parkplatzunterhalt kostet Geld und es ist daher richtig, dass diese Kosten gemäss Verursacherprinzip abgegolten werden.

**Tobias Weibel (FDP):** Dem Antrag des Gemeinderates kann ich zustimmen, d. h. mit der Umwandlung meiner Motion in ein Postulat bin ich einverstanden.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Mit der Frage der Cleverness sieht sich der Gemeinderat herausgefordert. Selbstverständlich ist der Gemeinderat sehr clever - immer. Die engen Regelungen liegen in der Kompetenz des Gemeinderates. Die Frage, wie viele Stunden zu welchem Preis verkauft werden können, liegt in der Kompetenz der Exekutive. Rahmenbedingungen liegen in der Hand der Legislative resp. des Parlaments. So gesehen liegt der Handlungsspielraum darin, dass sowohl die Motion als auch ein Postulat abgelehnt würden.

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Dem Votum von Maya Weber Hadorn (SP) kann ich folgendes anfügen: Die heutige Situation soll bestehen bleiben, d. h. es soll keine blaue Zone errichtet werden. Die Infrastrukturverträge der Überbauung sehen da eine weisse Zone mit einer bestimmten Anzahl an Besucherparkplätzen vor. Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Situation zu ändern.

**Christian Zeyer (SP):** Im Klartext heisst das: Ihr könnt sagen was Ihr wollt, wir machen dass, was wir wollen!

**Beat Leumann (FDP):** Wir erwarten natürlich clevere Gemeinderäte. Ich habe die Situation mit dem Motionär vor Ort besichtigt. Wenn jemand einen Spitalbesuch vornimmt, wenn jemand auf den Friedhof geht, dann müssen Parkplatzgebühren bezahlt werden. Im Oberfeld sind die ersten drei Stunden gratis. Das ist doch ein erheblicher Vorteil!

Ich bitte den Rat, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen. Und da es heute Abend meine letzte Sitzung ist, wünsche ich allen Parlamentsmitgliedern für die Zukunft alles Gute. Ich werde mir in Thailand die GGR-Protokolle via Internet zu Gemüte führen!

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 7 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus! wird begründet, in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.



30.3.22 Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen

## **90. Boulderhalle; Baurechtsvertrag - Orientierung des Gemeinderates**

**Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne):** Das Thema ist die Kletterhalle der Firma o'bloc AG. An Sitzung vom 31. Oktober 2013 genehmigte der Grosse Gemeinderat die Zonenplanänderung „Werkhof Mösli“ und die Abgabe von Land im Baurecht. Zudem beschloss der Grosse Gemeinderat, der Baurechtsvertrag sei ihm zur Kenntnis zu bringen.

Der Baurechtsvertrag mit der o'bloc AG wurde am 22. Januar 2015 unterzeichnet. Am 14. November 2015 wurde mit einer Eröffnungsfeier der Betrieb der Kletter- und Boulderhalle aufgenommen.

Die Kenntnisnahme des Baurechtsvertrags wird für die GGR-Sitzung vom Februar 2016 als Geschäft traktandiert. Dies ist wohl etwas spät, wofür ich um Verständnis und falls nötig um Entschuldigung bitte.

10.3.74 Interpellationen  
60.1.15 Altersfragen

## 91. Interpellation Peter Blaser (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Altersleitbild Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

### Wortlaut

Wir werden immer älter, das ist schön. Ebenso ist es aber eine Tatsache, dass immer mehr ältere Mitmenschen während den letzten Lebensjahren auf eine intensive Pflege angewiesen sind oder sein werden. Seit 2004 verfügt Ostermundigen über ein Altersleitbild. Dieses Leitbild ist eine ausgezeichnete Bestandsaufnahme der damaligen Situation.

#### ① Leitgedanken zum Altersleitbild 2004

Ältere Menschen sind lebenserfahrene Personen. Sie bewahren im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten ihre Selbständigkeit und werden dabei unterstützt. Dazu steht ihnen - unabhängig ihrer finanziellen Lage - ein flexibles, differenziertes und vernetztes Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Seniorinnen und Senioren sollen gesund ernährt, finanziell abgesichert, wenn nötig gepflegt, begleitet und betreut werden. Informationen und Beratungen zu präventiven Massnahmen sowie Erhaltung und Förderung der sozialen Kontakte sind dabei von grösster Wichtigkeit. Der Gemeinderat verfolgt eine zukunftsgerichtete Alterspolitik. In unserer Gemeinde besteht ein „Wegweiser für Seniorinnen und Senioren“, welcher von der „Kommission für Altersfragen“ betreut und aktualisiert wird. Mit diesem Wegweiser wird ein vielfältiges Angebot für Altersfragen aufgeführt.

Es stellt sich aber die Frage: Ist das Altersleitbild Ostermundigen für die Herausforderungen, welche der Gemeinde in der näheren und weiteren Zukunft bevorstehen, gerüstet?

### Fragen

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Forderungen in diesem Altersleitbild sind seit 2004 realisiert worden?
2. Welche Forderungen sind in der heutigen Zeit überholt?
3. Welche Forderungen sind für die nähere und weitere Zukunft noch aktuell oder noch aktueller?
4. Wie müssten die Strukturen, Koordination und Vernetzung, aber nicht zuletzt auch die Gesamtplanung angepasst werden, damit das Altersleitbild der Gemeinde Ostermundigen für die Zukunft optimal gerüstet ist?
5. Ist der Gemeinderat dazu bereit, das bestehende Altersleitbild in den nächsten 2 Jahren zu aktualisieren und infolgedessen auch umzusetzen?

sig: Peter Blaser (SP), Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne), Thulani Thomann (SP), Maja Weber Hadorn (SP), Rudolf Kehrli (SP), Rudolf Mahler (SP), Colette Nova (SP), Christian Zeyer (SP), Andreas Burckhardt (Grüne)

## Persönliche Erklärungen

**Vizegemeindepräsidentin Aliko Panayides (SVP):** Ich möchte hier die herzlichen Grüsse unseres Gemeindepräsidenten, Thomas Iten, aus dem Spital übermitteln. Er bedauert es sehr, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen zu können. Er wünscht allen einen schönen Abend und anschliessend einen guten Appetit.

Er ist auf dem Weg der Besserung und wird im neuen Jahr seine Tätigkeiten wieder an die Hand nehmen können.

**Maja Weber Hadorn (SP):** Ich habe eine Frage an den Departementsvorsteher Tiefbau + Betriebe: Im Sonnenrain ist eine Baustelle und auf der Bernstrasse kommt es zu erheblichen Staubbildungen. Wie lange dauert dieser Missstand und wieso wurde die Bevölkerung nicht orientiert?

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Die Reklamation habe ich schon von verschiedener Seite vernommen. Die Unterquerung der Bernstrasse hätte mit einer Lichtsignalanlage gesteuert werden sollen. Am letzten Montag hat dies zu erheblichen Rückstaus geführt. Daraufhin hat die Abteilung Tiefbau + Betriebe entschieden, von 07.15 bis 08.30 Uhr den Verkehr ohne Ampeln durch eine externe Firma zu regeln. Zwischen 08.30 - 16.00 Uhr wird die Verkehrsampele in Betrieb genommen. Ab 16.00 Uhr und am Wochenende kann der Verkehr einspurig geführt werden. Die Baustelle sollte am Montag, 14. Dezember 2015, beendet sein.

**Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Ich bin Mitglied der Tiefbaukommission. Der dargelegte Sachverhalt ist nicht ganz richtig. Die Anwohnenden Bernstrasse/Schiessplatzweg wurden schriftlich über die Baustelle informiert. Das Verkehrsaufkommen ist heute so, dass mit einer Ampelsteuerung während den Verkehrsspitzenzeiten mit Staubbildung gerechnet werden muss.

**Ratspräsident Rudolf Mahler (SP):** Ich möchte es nicht unterlassen, eine Abschiedsrede zu halten:

- Am 12. Februar 2015 hat Lisa Stalder im DER BUND einen Artikel über meine Wahl zum Ratspräsidenten mit dem Titel "Parlamentspräsident Widerwillen freut sich auf sein Amt" publiziert. Die Freude war berechtigt. Dieses Präsidentenjahr hat mir viel gebracht und dass trotz nicht einfachem Einstieg ins Ratsbüro. Dank Euch und Eurer Geduld ist der Ratsbetrieb nie ganz entgleist - dafür danke ich bestens. Mein Dank gilt auch dem Ratssekretär, welcher für die "heiklen Fälle" zuständig war.
- Ihr alle seid mit ein Grund, dass es eine Freude war, Ostermundigens Ratspräsidenten zu sein. Alle waren konzentriert bei der Sache, es wurde nicht geschwätzt, keine Zeitungen gelesen - nur mit den elektronischen Geräten gespielt etc.. Es herrschen also paradisi-sche Zustände.
- Ein Höhepunkt war für mich der Ratsausflug ins "Haus der Religionen" sowie in die Büroräumlichkeiten der Firma Halter AG. Seit dem 29. November 2015 wissen wir, dass die

Überbauungsordnung "Bärenareal" mit 64 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden ist. Das kann als politischer Erfolg verbucht werden.

- Die weitere Gemeindeentwicklung darf nicht ausser Acht gelassen werden. Meinem Nachfolger empfehle ich die Lektüren im Handbuch des Grossen Gemeinderates (GGR). Dann ist er auch für die heiklen Geschäfte im Rat gut gewappnet.

Ich wünsche allen eine schöne Adventszeit, fröhliche Weihnachten sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

**Andreas Burckhardt (Grüne):** Ausserplanmässig musstest du Ruedi den Vorsitz übernehmen. Du hast dein Präsidialjahr mit Freude und ruhiger Stimme durchgeführt. Dafür gebührt dir ein herzlicher

----- **A p p l a u s** -----

**1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP):** Auch im Namen des Büros des GGR möchten wir dir bestens danken. Der Ratsbetrieb ist nie entgleist! Die heiklen Situationen hast du mit Humor entgegen genommen - dafür gebührt dir ein Bravo.

----- **A p p l a u s** -----

## **GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN**

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Rudolf Mahler

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Andreas Burckhardt

Gerhard Zaugg

## PENDENZENLISTE 2015

**o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein**

Ax #	Titel	Start	Ende	Zuständig	Kommentar	St at us
<b>2385</b>	<b>Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigens durch FILAG</b>	<b>07.05.15</b>	<b>30.11.15</b>	<b>Finanzen</b>	<b>Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend</b>	<b>ne</b>
2346	Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen	12.02.15	31.12.16	Präsidiales	Nächste Revision GO dem GGR Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und -postulat unterbreiten	o
1806	Personalvorsorgestiftung PVS BIO	07.05.15	30.06.16	Präsidiales	Entscheid Legislative vorlegen	o
2103	Verwaltungsbericht 2015	07.05.15	30.06.16	Präsidiales + alle	- sorgfältiger bearbeiten; Texte kürzer verfassen; AGr bilden	o
2375	Gemeinderechnung	07.05.15	30.06.16	Finanzen	als PDF.Datei verfügbar machen	o
2460	Budget; Beschreibung der Investitionsvorhaben	12.11.15	30.11.16	Finanzen	Einheitliche Gestaltung nach CD/CI. Nur noch auf Homepage aufschalten (nicht mehr in Papierform)	o
2460	Budget 2016; neue Beschlussesziffer # 4	12.11.15	31.05.16	Finanzen	Wie soll der Ausgleich erfolgen?	o
2322	Abfallentsorgungsstrategie II	10.12.15	31.12.16	TB	Teilrevision des Abfallreglements vornehmen	o
2110	Wahl- und Abstimmungsreglement	10.12.15	31.12.16	ÖS + HB	Orthografie überprüfen; sicherheitskonforme Briefkästen montieren	o